

Einwilligungserklärung: Verwendung persönlichen Daten im Rahmen des Datenschutzes

Die am 25.5.2018 in Kraft getretene EU-Datenschutzgrundverordnung und die geltende gesetzlich geregelte Schweigepflicht (§ 203 StGB) bilden die Grundlage dafür, dass wir über die Inhalte unserer Beratung absolutes Stillschweigen zu bewahren haben. Im Folgenden informieren wir Sie über den Umgang mit Ihren persönlichen Daten und bitten Sie um eine schriftliche Einverständniserklärung mit Ihrer Unterschrift, um unsere Beratungsarbeit erbringen zu können.

1. Ich bin damit einverstanden, **dass im Rahmen des Beratungsprozesses persönliche Daten, die für die Beratung erforderlich sind, erhoben und gespeichert werden.** Im Rahmen von Fallbesprechungen und Supervisionen können Beratungsanlässe und Beratungsverläufe in Teams von Beratungsfachkräften, die sich schriftlich der Verschwiegenheit verpflichtet haben, besprochen werden. Die persönlichen Daten werden nach Beendigung des Beratungsprozesses entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen bzw. meiner Entscheidung vernichtet.

 2. Ich wurde darüber informiert, dass das Statistikprogramm den jeweils aktuellen datenschutzrechtlichen Bestimmungen entspricht. Schriftlich erfasste statistische Daten werden am Ende des ersten Quartals des darauffolgenden Kalenderjahres nach Abschluss des Beratungsprozesses vernichtet.
Ich wurde darüber informiert, dass Daten nur anonymisiert und als statistische Sammeldaten entsprechend der gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen, denen die Beratungsstelle unterliegt, weitergegeben werden. Die Weitergabe erfolgt an das Statistische Landesamt Kamenz und das Jugendamt des Landkreises Sächsische Schweiz -Osterzgebirge. (Das statistische Datenblatt kann in der Beratungsstelle eingesehen werden)

 3. Eine Weitergabe von Daten aus unserem individuellen Beratungsprozess an Dritte wird nicht ohne mein Einverständnis erfolgen. Wird diese von mir nicht erteilt, ist die Beraterin an die Schweigepflicht gebunden. Ausnahme hiervon gilt ausschließlich bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung (§8a SGB VIII bzw. §4 BKiSchG).

 4. Darüber hinaus entbinde ich meine Beratungs-Fachkraft und die Kollegen des Teams der Erziehungsberatungsstelle wechselseitig von der Schweigepflicht, um
 - mir Termine absagen oder mitteilen zu können;
 - im Vertretungsfall ggf. Einblick in die Dokumentation nehmen zu können;
 - Fallbesprechung/Supervision mit der Nennung des Namens durchzuführen;
 - sonstiges
-

5. Auch wenn Sicherheitslücken bei elektronischer Datenübertragung nie gänzlich ausgeschlossen werden können, bin ich mit dem Kontakt per:

E-Mail _____

Telefon

einverstanden.

(Wird nichts angekreuzt erfolgt der Kontakt ausschließlich per Post oder persönlich)

6. Ich wünsche abweichend von der gesetzlichen Frist eine Aufbewahrung der Beratungsakte

meines Kindes _____ geb.: _____

- 1 Jahr
- 3 Jahre
- bis 18. LJ (in Ausnahmefällen)
- bis 27. LJ (in Ausnahmefällen)

7. Ich wurde darüber informiert, dass ich diese Einwilligung oder Teile davon jederzeit widerrufen kann. Mir wurde versichert, dass meine datenschutzrechtlichen Belange ohne Einschränkungen gewährleistet werden.

Ort, Datum

Unterschrift
